

### Politikversagen beim Fluglärm

*Zum Bericht „Bei Flügen über Freilassing 50/50 fordern“ vom 21. September:*

„Immer wieder berichtet die Regionalpresse von den Wohltaten unserer Politiker aus Stadt und Land, Staats- und Bundesregierung: Ausnahmslos alle arbeiten sich seit Jahrzehnten die Hände wund an der Blockadehaltung der Salzburger Flughafeneigner, die bedenkenlos den Fluglärm und -staub einschließlich Absturzrisiko über bayerischem Grenzgebiet entsorgen. (Wäre die 1996 in den Freilassing Auen abgestürzte Cessna 550 Citation zehn Sekunden früher abgestürzt, 'hätte diese Maschine viele Menschenleben

und unseren Bahnhof zerstört', zitierte seinerzeit der Freilassing Anzeiger.)

Dr. Ramsauer stellte jetzt erstmals die Möglichkeit einer 50 Prozent-Lösung in Aussicht. Angesichts politischer Erfolglosigkeit in den vergangenen Jahren sollten solche wahlkampfbedingten Worte unseren Politikern eher die Schamesröte ins Gesicht treiben.

Hier ein kurzer Rückblick auf die zahlreichen 'Erfolge' der Politik für die Betroffenen: Am 4. Juni 2011 kündigt Dr. Ramsauer zwei neue Flugrouten an. Am 24. November 2012 erklärt Bürgermeister Josef Flatscher: 'Mit Peter Ramsauer kam endlich Druck auf die österreichische Seite. ... wir sind heute so weit wie noch nie in Sachen Fluglärm-Vermeidung.'

Am 15. Mai 2013 brüstet sich

Dr. Ramsauer: 'Wer glaubt, er könne mit einem deutsche Bundesminister derartig Schlitten fahren, der hat sich kräftig geirrt.' Einen Monat später – vor der Bundestagswahl – erklärte er, die Südanflugroute würde mehr und mehr genutzt, er werde eine DVO auf den Weg bringen. 28. August 2013: Flughafenaufsichtsratschef Othmar Raus erwidert treffend, die eingeleitete DVO sei dem Bundestagswahlkampf geschuldet.

Im Februar 2014 vor den Bayerischen Kommunalwahlen erklärt der bayerische Verkehrsminister Joachim Herrmann in Freilassing, er wolle nun 'eine Lösung in den kommenden Monaten'. Am 10. März 2015 erfahren wir von Minister Alexander Dobrindt, was für den deutschen Südwesten bezüglich Zürich-Kloten gelte, müs-

se auch für die geplagten deutschen Gemeinden des Flughafens Salzburg gelten: Welche Erleuchtung! Zwei Monate später berichtet die Heimatzeitung, Dobrindt setzt auf energisches Verhandeln mit der österreichischen Verkehrsministerin.

Anfang Juni 2015 fordern die Bürgermeister Freilassings, Saaldorfs und Ainrings von Minister Dobrindt entschiedene Maßnahmen. Am 13. August 2015 offenbart der Freilassing Anzeiger in großen Lettern: 'Seehofer macht Fluglärm zur Chefsache'. Im August 2016 wurden vollmundig erste Verbesserungen für die deutschen Gemeinden angekündigt.

Skeptiker hatten dafür nur ein Lächeln übrig; sie wurden am 18. März 2017 bestätigt: 'Der Zeitplan für die vorgesehenen Maßnah-

men im März sei nicht mehr einzuhalten.' Das war bis heute alles!

Mit warmen Trostworten und vollmundigen Ankündigungen gelingt der Politik eine grandiose Hinhaltetaktik. Wenn dies kein Dokument politischer Unfähigkeit ist, dann zumindest des mangelnden Willens, sich ernsthaft für die betroffenen Menschen einzusetzen. Die Eigentümer des Salzburger Flughafens müssen über derart bestechende Argumente für ihre Position verfügen, dass unsere Politiker ihnen scheinbar machtlos gegenüberstehen.

Die Betroffenen erfahren auch kein Wort des Verlaufs angeblich intensiv geführter Verhandlungen zwischen den Verkehrsministerien Deutschlands und Österreichs, die sich hinziehen werden, bis die Wahltermine in Bund und Bayern

verstrichen sind. Anschließend werden wir vermutlich wie nach der letzten Bundestagswahl von Minister Herrmann belehrt werden, man sei an einem guten Nachbarschaftsverhältnis interessiert; interpretieren kann man das so: Stört uns bitte nicht weiter mit euren Klagen, besser ist's, ihr haltet den Mund.“

*Dr. Hans-Hartwig Thienemann  
Freilassing*